



Landespolitischer Bericht

der SPD Landtagsabgeordneten und
Innenpolitischen Sprecherin der Landtagsfraktion

Nancy Faeser

Juli 2009

Inhalt:

Bericht über meine Arbeit im Hessischen Landtag

1. Fraktion und Fraktionsvorstand

2. Innenausschuss

- Einführung
- Hessen muss in die Tarifgemeinschaft deutscher Länder zurückkehren
- Zu wenig neue Stellen – Schwarz-Gelb lässt Polizeibeamten im Stich
- Datenschutz
- NPD-Verbot
- Härtefallkommission

3. Justizvollzug und Rechtspolitik

- Einführung
- Regierung übernimmt SPD-Konzepte zur Bekämpfung der Jugendkriminalität
- SPD will extrem hohe Rückfallquote bei jugendlichen Straftätern senken
- Negative Schlagzeilen um den hessischen Vollzug

4. Richterwahlausschuss

5. Parlamentarische Kontrollkommission für den Verfassungsschutz

6. Landespersonalkommission

7. Außerparlamentarische Arbeit

- Kommunalpolitische Runde
- Botschafterin für die Petra-Lustenberger-Stiftung in Hochheim

8. Allgemeiner landespolitischer Bericht

- Staatshilfe für Opel
- Konjunkturpaket II für Hessen
- Arbeitsmarktpolitik
- Finanzen
- Flughafenausbau
- Bildungs- und Hochschulpolitik
- Kindertagesstätten

Bericht über meine Arbeit im Hessischen Landtag

1. Fraktion und Fraktionsvorstand stellvertretende Fraktionsvorsitzende

Nach der Landtagswahl wurde unser Spitzenkandidat für das Amt des Ministerpräsidenten, Thorsten Schäfer-Gümbel, einstimmig zum neuen Vorsitzenden der SPD Landtagsfraktion gewählt. Auch der Fraktionsvorstand wurde neu bestimmt. So wurde ich unter anderem zur stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Günter Rudolph wurde neuer Parlamentarischer Geschäftsführer und Lothar Quanz in seinem Amt als Vizepräsident des Landtags bestätigt.



Fraktionsvorstand v.l.n.r.: Günter Rudolph, Nancy Faeser, Heike Habermann, Thorsten Schäfer-Gümbel; Brigitte Hofmeyer, Petra Fuhrmann, Lothar Quanz, Dr. Thomas Spies, Michael Siebel

Die SPD Landtagsfraktion, nach der Wahl im vergangenen Jahr mit 42 Abgeordneten vertreten, musste nach der diesjährigen Neuwahl herbe Verluste hinnehmen, und ist nun nur noch mit 29 Abgeordneten vertreten.

Hier ein Blick auf die neue Fraktion im Plenarsaal:



Bis zur Landtagswahl war ich federführend für die Bereiche Rechtspolitik und Justizvollzug zuständig. Seit April 2009 bin ich verantwortlich für die Innenpolitik.

1. Innenausschuss

Innenpolitische Sprecherin der SPD Landtagsfraktion

Dem Innenausschuss gehöre ich seit Juni 2005 an. Im Februar 2009, zu Beginn der neuen Legislaturperiode, wurde ich zur Innenpolitischen Sprecherin meiner Fraktion ernannt.

Einführung

Der Innenausschuss befasst sich mit Angelegenheiten der Kommunen, der Regionalreform, der Polizei, des Brand- und Katastrophenschutzes, des Verfassungsschutzes, des Personalwesens, der Ausländerpolitik, des Sports und des Datenschutzes.



Hessen muss in die Tarifgemeinschaft deutscher Länder zurückkehren!

Für die gleiche Arbeit bei gleicher Qualifikation muss auch der gleiche Lohn bezahlt werden – diesseits und jenseits der hessischen Landesgrenze. Deshalb forderten wir die Landesregierung auf, endlich wieder in den Arbeitgeberverband, die Tarifgemeinschaft deutscher Länder, zurückzukehren. In der letzten Legislaturperiode ist die Landesregierung bereits vom Parlament aufgefordert worden, endlich wieder den Aufnahmeantrag in den Arbeitgeberverband der Länder zu stellen und dafür zu sorgen, dass es einheitliche Beschäftigungs- und Bezahlungsbedingungen gibt und der hessische Sonderweg beendet wird. Dem sind Innenminister Bouffier und Ministerpräsident Koch bislang nicht gefolgt. Wir können kein Interesse daran haben, dass Beschäftigte aus Hessen massenhaft in die Nachbarländer wechseln, nur weil sie dort für die gleiche Tätigkeit mehr Geld und besseren Arbeitsbedingungen bekommen. Die Sozialgeschichte Deutschlands seit 1945 belegt, dass Lohnkonkurrenz innerhalb von Branchen ökonomisch keinen Sinn macht. Das gilt auch für den öffentlichen Sektor.

Zu wenig neue Stellen – Schwarz-Gelb lässt Polizeibeamte im Stich

Dieses Thema ist nach wie vor aktuell und sehr brisant. In der Vergangenheit wurden über 1.250 Stellen bei der Polizei abgebaut. Der Koalitionsvertrag von CDU und FDP bleibt weit hinter den Erwartungen zurück und führt die kommunalfeindliche Regierungspolitik der letzten zehn Jahre fort. Die SPD hätte, zusätzlich zu den jährlich ausscheidenden Polizisten, in den nächsten fünf Jahren 1.200 zusätzliche Polizeibeamte eingestellt. Auf diese Weise wäre der von der CDU zu verantwortende Personalabbau bei der Polizei endlich wieder aufgefangen und dadurch die innere Sicherheit in Hessen qualitativ gesteigert worden. CDU und FDP gehen nunmehr einen anderen Weg, der weder das seit 2007 angewachsene Anwärterdefizit noch dem Stellenabbau von 1.186 Stellen begegnet. Die CDU und FDP Regierung wird stattdessen insgesamt nur 500 neue Polizisten in den nächsten Jahren einstellen. In diesem Zusammenhang habe ich begonnen, eine Rundreise durch die hessischen Polizeistationen zu machen, um mir vor Ort ein Bild der Personalsituation zu machen.



Polizeistation in Frankenberg:
Nancy Faeser MdL, Ralf Sturm
(Innenpolitischer Referent),
Reinhard Kahl MdL

Datenschutz



Der Datenschutz im privatrechtlichen Bereich steht vor zunehmenden Hausforderungen, denen man durch strukturelle, die Qualität des Datenschutzes verbessernden Maßnahmen begegnen muss. Aus diesem Grund hat die SPD Landtagsfraktion einen Gesetzentwurf zur Neuordnung des Datenschutzes vorgestellt, der eine deutliche Aufwertung desselben im privatrechtlichen Bereich vorsieht. Die Gefährdung des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung geht dabei angesichts riesiger Datensammlungen immer stärker von Unternehmen aus, dem muss das Datenschutzrecht Rechnung tragen, was an den Beispielen der Datenaffären der letzten Wochen und Monaten bei der Deutschen Bahn AG, der Telekom und bei Lidl zu erkennen ist. Bei der vermeintlichen Korruptionsbekämpfung ist die Bahn AG völlig über das Ziel hinausgeschossen und hat fast alle Mitarbeiter überprüfen lassen. Lidl hat nicht nur die Kunden und Mitarbeiter Kamera überwacht, sondern offenbar auch die Krankheiten seiner Mitarbeiter protokolliert. Mit der Zusammenlegung der Zuständigkeit für den Datenschutz im öffentlichen und privaten Bereich wollen wir eine zusätzliche Qualitätssteigerung erreichen. Außerdem muss die gesamte Datenschutzkontrolle nach europäischem Recht einer unabhängigen Stelle übertragen werden. Während zudem insbesondere auch der hessische Datenschutzbeauftragte ausdrücklich eine Zusammenlegung des privaten und öffentlichen Datenschutzes fordert, beharren CDU, FDP und der Innenminister in bewegungsloser Starre und Ablehnung, ohne dies sachlich begründen zu können.

NPD-Verbot

In der Juni-Plenarsitzung des Hessischen Landtags haben wir ein neues Verbotungsverfahren gegen die NPD gefordert.

Es gibt genügend Anhaltspunkte dafür, dass die NPD unsere demokratische Grundordnung aggressiv bekämpft, deshalb halten wir ein neues Verbotungsverfahren für erforderlich. Es wird Zeit, dass auch der Hessische Innenminister seine zögerliche Haltung aufgibt. Aufgrund ihrer verfassungsfeindlichen Bestrebungen stellt die NPD eine ernsthafte Bedrohung für unsere Demokratie dar. Die NPD verfolgt gezielt die Absicht, die freiheitlich-demokratische Grundordnung zu bekämpfen.



Die sozialdemokratischen Innenminister der Länder haben umfangreiches Material gesammelt, das diese Einschätzung belegt. Jetzt muss die wehrhafte Demokratie auch ein Zeichen setzen und entschlossen gegen extremistische Bestrebungen vorgehen. Auch auf der Homepage des NPD-Landesverbands Hessen finden sich Belege für die verfassungsfeindlichen Bestrebungen der NPD. Viele Aussagen zeigen: Die NPD erneuert ständig ihre Angriffe auf Institutionen und Akteure unseres parlamentarischen Systems, sie lehnt den Gleichheitsgrundsatz ebenso ab wie den zentralen Wert der Freiheit. Deshalb halten wir es für geboten, endlich zu einem NPD-Verbot zu kommen.

Härtefallkommission

Die von CDU und FDP geplanten Änderungen in der Struktur der Härtefallkommission sind politisch falsch und juristisch problematisch. Damit beleidigt die Regierungskoalition die gute Arbeit der Kirchen und Nichtregierungsorganisationen. Die Hinzunahme von Abgeordneten in diese Kommission ist äußerst kritisch zu bewerten, da die Härtefallkommission der Exekutive zuzurechnen ist. Die Aufnahme von Parlamentariern stellt somit eine Verstrickung der Gewalten dar und ist juristisch höchst problematisch. Die Aufblähung der Kommission führe zu deren Arbeitsunfähigkeit. Die neue Härtefallkommission soll 23 Mitglieder umfassen. Bayern weist demgegenüber mit lediglich zehn Mitgliedern eine effizientere Arbeitsstruktur auf. Nicht nur die geplante Größe des Gremiums, sondern auch die zwingende Vorgabe einer Zwei-Drittel-Mehrheit lässt eine erfolgreiche Arbeit in der Härtefallkommission kaum mehr zu. Die Regierung hat damit die Fäden im Härtefallverfahren in der Hand. Dies widerspricht ausdrücklich dem Willen des Bundesgesetzgebers.

3. Justizvollzug

Vorsitzende des Unterausschusses für den Justizvollzug

Einführung



Dem Unterausschuss Justizvollzug gehöre ich seit 2003 an. Seit April leite ich den Ausschuss als Vorsitzende.

Der Ausschuss befasst sich unter anderem mit allgemeinen und speziellen Fragen der Vollzugspolitik und Vollzugspraxis, des Neu-, Aus- und Umbaus hessischer Justizvollzugsanstalten, der Aus- und Fortbildung hessischer Vollzugsbediensteter und mit Aspekten der Sicherheit in den Anstalten.

Das Ministerium der Justiz erstattet in jeder Sitzung des Ausschusses einen Bericht über aktuelle Vorkommnisse und die Situation im Strafvollzug. Bei Besuchen vor Ort in den Justizvollzugsanstalten informiere ich mich gemeinsam mit den

anderen Ausschussmitgliedern der SPD gezielt über Anspruch und Wirklichkeit im Spannungsfeld von Resozialisierung und dem Schutz der Allgemeinheit vor Straftaten.

Ein besonderer Schwerpunkt der Arbeit des Unterausschusses Justizvollzug liegt auf der Behandlung der Anliegen hessischer Strafgefangener, die in Form von Petitionen an den Hessischen Landtag herangetragen werden.

Darüber hinaus spielen die Anliegen der Justizvollzugsbeamtinnen und -beamten eine große Rolle.

Regierung übernimmt SPD-Konzepte zur Bekämpfung der Jugendkriminalität

Die SPD Fraktion begrüßte im vergangenen Jahr die Ankündigungen des damaligen geschäftsführenden Ministerpräsidenten, auch in Hessen das „Haus des Jugendrechts“ einzuführen. Bereits im September 2007 hatte unsere Fraktion diese Maßnahme, bei der Polizei, Staatsanwalt, Jugendgerichtshilfe und weitere Institutionen unter einem Dach zusammengeführt werden, zur effizienten Bekämpfung von Jugendkriminalität gefordert. Die CDU und die damalige Regierung von Roland Koch hatte sich seinerzeit nicht nur geweigert, die sozialdemokratische Initiative mit zu tragen, sondern auch im Rahmen der Haushaltsberatungen die entsprechenden Anträge der SPD abgelehnt. Inzwischen hat die Landesregierung dazu gelernt und erfüllt nun die von der SPD formulierten Forderungen nach zusätzlichen Arrestplätzen für Jugendliche und nach der Schaffung von Erziehungs- und Präventionszentren zur Bekämpfung der Jugendkriminalität. Im vergangenen Oktober fand hierzu eine Anhörung im Innen- und Rechtsausschuss statt. Die dort geäußerten Expertenmeinungen unterstützten unsere bereits im Jahr 2006 vorgeschlagenen Initiativen dazu.

SPD will extrem hohe Rückfallquote bei jugendlichen Straftätern senken

Ich habe im Herbst letzten Jahres einen Antrag zur Schaffung einer Jugendstrafvollzugseinrichtung in freier Form vorgestellt, um langfristig die Rückfallquote bei jugendlichen Straftätern zu halbieren. Wir haben damit auf die die bisherige Untätigkeit der geschäftsführenden und der alten Landesregierung bei der Bekämpfung der Jugendkriminalität hingewiesen. Besondere Defizite gibt es in Bezug auf Jugendliche und Heranwachsende, die sich bereits im Jugendstrafvollzug befinden. Obwohl das im Mai 2007 eingebrachte und im November 2007 vom Hessischen Landtag beschlossene Jugendstrafvollzugsgesetz den Vollzug der Jugendstrafe in einer offenen Einrichtung vorsieht, ist bis heute „Stillstand“ zu verzeichnen. Hierzu könnte sich das Land Hessen an bestehenden Projekten in Baden-Württemberg orientieren, wie zum Beispiel das Projekt Chance. Dieses Projekt, mit seinen beiden Einrichtungen in Creglingen und Leonberg unterstützt junge Straffällige bei der

Wiedereingliederung in die Gesellschaft und ist bei einem Einstieg in die Berufswelt behilflich. In Abstimmung mit der Jugendstrafvollzugsanstalt können dort zu einer Jugendstrafe verurteilte Jugendlichen und Heranwachsende zwischen 14 und 21 Jahren die gesamte Haftzeit verbringen und so lernen, Verantwortung für sich und ein künftiges Leben ohne Straftaten zu übernehmen. Das bedeutet nicht, dass die betroffenen Jugendlichen und Heranwachsenden frei herumlaufen. Sie befinden sich vielmehr während des gesamten Tagesablaufs und der zu verbüßenden Jugendstrafe in der offenen Einrichtung. Hiermit verzeichnet Baden-Württemberg seit mehreren Jahren erfolgreiche Bilanzen.

Negative Schlagzeilen um den hessischen Vollzug



Unter der Verantwortung des geschäftsführenden Justizministers Banzer war der hessische Strafvollzug im Jahre 2008 immer wieder in den Negativschlagzeilen:

- Mehr als 10 Suizide
- Mehrere Entweichungen aus verschiedenen Vollzugsanstalten
- Mehrere Straftaten von Gefangenen und Bediensteten im Vollzug

Dies alles sind Belege dafür, dass es nicht unerhebliche Probleme im hessischen Strafvollzug gibt. Die derzeitige personelle Ausstattung und die sich hieraus ergebenden Rahmenbedingungen stehen einem ordnungsgemäßen Behandlungsvollzug und einer Wiedereingliederung von Straftätern in die Gesellschaft

entgegen. Davor hat die SPD in den letzten Jahren immer wieder gewarnt und Alternativen aufgezeigt. Die Landesregierung hat dies jedoch nicht beachtet, sondern verstärkt auf Repression gesetzt. Es bleibt abzuwarten, wie der neue FDP Justizminister Jörg-Uwe Hahn sich im Amt beweisen wird.

4. Richterwahlausschuss

Mitglied des Richterwahlausschusses

Der Richterwahlausschuss des Hessischen Landtages setzt sich aus Vertretern der Rechtsanwaltskammer, Richterinnen und Richtern, Staatsanwältinnen und Staatsanwälten sowie Abgeordneten des Hessischen Landtags zusammen. Gemeinsam mit Heike Hofmann vertrete ich die SPD Fraktion.

Der Ausschuss entscheidet darüber, welche der Bewerberinnen und Bewerber für das Richteramt als Richterinnen oder Richter auf Probe ernannt werden.



Alle Richterinnen und Richter sowie alle Staatsanwältinnen und Staatsanwälte in Hessen werden für 3 Jahre auf Probe ernannt.

Nach Ablauf der 3 Jahre entscheidet der Richterwahlausschuss welche Bewerber auf Lebenszeit in ihr Amt berufen werden

5. Parlamentarische Kontrollkommission für den Verfassungsschutz **Vorsitzende der Parlamentarischen Kontrollkommission**

Der Parlamentarischen Kontrollkommission gehöre ich seit 2008 an. In dieser Legislaturperiode wurde ich zur Vorsitzenden gewählt.

Die Landesregierung unterliegt hinsichtlich der Tätigkeit des Landesamtes für Verfassungsschutz der parlamentarischen Kontrolle. Sie wird von der Parlamentarischen Kontrollkommission ausgeübt. Die Parlamentarische Kontrollkommission besteht aus fünf Mitgliedern, die zu Beginn jeder Wahlperiode vom Landtag aus seiner Mitte mit der Mehrheit seiner Mitglieder gewählt werden. Die Kontrollkommission wählt einen Vorsitzenden und gibt sich eine Geschäftsordnung.

Die Landesregierung unterrichtet die Parlamentarische Kontrollkommission umfassend über die allgemeine Tätigkeit des Landesamtes für Verfassungsschutz und über Vorgänge von besonderer Bedeutung. Die Landesregierung berichtet zu einem konkreten Thema aus dem Aufgabenbereich des Landesamtes für Verfassungsschutz, sofern die Parlamentarische Kontrollkommission dies wünscht.

6. Landespersonalkommission **Mitglied der Landespersonalkommission**

Zur Wahrnehmung der Aufgaben nach § 115 des Hessischen Beamtengesetzes wird eine Landespersonalkommission errichtet. Sie übt ihre Tätigkeit innerhalb der gesetzlichen Schranken unabhängig und in eigener Verantwortung aus.

Die Landespersonalkommission hat u. a. folgende Aufgaben:

1. Anregungen zur Verbesserung des Personalwesens zu geben;
2. bei der Vorbereitung allgemeiner Regelungen der beamtenrechtlichen Verhältnisse mitzuwirken;
3. Vorschläge zur Beseitigung von Mängeln in der Handhabung von beamtenrechtlichen Vorschriften zu machen.

7. Außerparlamentarische Arbeit

7.1. Kommunalpolitische Runde **Leiterin der Kommunalpolitischen Runde**

Die SPD-Landtagsfraktion trifft sich alle vier Wochen mit den Vertretern der kommunalen Spitzenverbände, um anstehende kommunalpolitische Fragen gemeinsam zu diskutieren, Ideen auszutauschen und politisches Vorgehen abzustimmen. Diese Runde ist wohl das wichtigste kommunalpolitische Koordinierungsorgan.

7.2. Botschafterin der Petra-Lustenberger-Stiftung

Seit einem Jahr bin ich Botschafterin der Petra-Lustenberger-Stiftung, die mit innovativen Ideen und kreativen Projekten Gelder für Kinder in Not und Armut weltweit sammelt. Beachtlich ist, dass sie dabei ohne Verwaltungskosten auskommt. Sie hat nicht nur eine Suppenküche in Namibia eröffnet, sondern auch einen Sozialfonds für arme Familien in ihrer eigenen Heimatstadt Hochheim am Main eingerichtet. Die vorbildliche Arbeit der Petra Lustenberger Stiftung hat mich von Anfang an begeistert und meine Unterstützung gefunden. Als Sozialdemokratin ist es für mich von ganz besonderer Bedeutung den Schwächeren, nicht nur in unserer Gesellschaft, zu helfen und ihnen eine solide Möglichkeit zu bieten, einen festen Platz in unserer Gesellschaft zu finden.

Dieses Schaf „Martha“ kann für 5 € im Wahlkreisbüro erworben werden. Die 5 € gehen direkt an die bedürftigen Kinder.



Allgemeiner Landespolitischer Bericht

1. Staatshilfe für Opel

Die SPD-Fraktion hat in ihrer Mai-Sitzung des Haushaltsausschuss des Landtages der Konzeption des Magna-Konzerns zur Zukunft der Adam Opel AG und damit einem Überbrückungskredit zugestimmt. Wir haben eine Entscheidung getroffen, die eine Grundlage für eine gute Zukunft des Unternehmens darstellt, und die uns nicht leicht gefallen ist. Doch wir sind sehr optimistisch, dass wir damit in einer äußerst ernsten Situation unseren Teil zum Schutzschild für die Beschäftigten und ihre Arbeitsplätze, aber auch für den Forschungs- und Entwicklungsstandort Deutschland beitragen.



Großkundgebung mit Frank-Walter Steinmeier in Rüsselsheim. Auf dem Bild vorne links Renate Meixner-Römer, Thorsten Schäfer-Gümbel MdL, Nancy Faeser MdL und Gerold Reichenbach MdB

Durch die Bürgschaften auf der Basis des vorgelegten Konzeptes ist eine tragfähige Lösung gefunden worden. Die Chance, dass Opel auf dieser Grundlage weiter bestehen kann, ist groß. Die Automobillandschaft ist ohne das Traditionsunternehmen Opel nur schwer vorstellbar, vor allem aber braucht Deutschland das Wissen und Können aller Opelaner, um als Industriestandort die Rolle in Forschung, Entwicklung und Fertigung zu behalten, die unser Land in Europa und der Welt spielt.

Bei ihrer Entscheidung hat die SPD nicht nur die betriebswirtschaftliche sondern auch die volkswirtschaftliche Seite der Medaille bewertet. Im Falle einer Insolvenz wären aus den Folgekosten auf die öffentliche Hand alleine im ersten Jahr Kosten in Milliardenhöhe zugekommen. Insofern haben wir auch unserer Verantwortung gegenüber dem Steuerzahler Rechnung getragen.

Mandatsträger der Hessen-SPD von allen Ebenen haben im Februar gemeinsam mit dem Außenminister und Kanzlerkandidaten Frank-Walter Steinmeier die Beschäftigten des Rüsselsheimer Opelwerks anlässlich des Europäischen Aktionstags unterstützt. An der Veranstaltung am Opel Stammsitz nahmen unterem der Hessische SPD-Landesvorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel, der Europaabgeordnete Udo Bullmann, der Bundestagsabgeordnete Gerold Reichenbach und die Landtagsabgeordneten Nancy Faeser und Norbert Schmitt teil.

2. Konjunkturpaket II für Hessen

Mittel aus dem Konjunkturpaket schnell und unbürokratisch an Kommunen weitergeben

Nach der Einigung der Großen Koalition auf das zweite Konjunkturpaket hat die SPD Landtagsfraktion dafür geworben, die auf das Land Hessen entfallenden Mittel so schnell und unbürokratisch wie möglich an die Kommunen weiterzugeben, damit die geplanten Investitionen insbesondere in die Bildungsinfrastruktur schnellstens realisiert werden können.

Von den 13,3 Mrd. Euro entfallen rund 950 Millionen Euro auf Hessen. Der davon für kommunale Investitionen vorzusehende Anteil muss möglichst pauschal und ohne großen Verwaltungsaufwand an die Kommunen weitergegeben werden.

Die so genannte Abwrackprämie für Altfahrzeuge und die mittelfristig geplante Umstellung der Kfz-Steuer auf den CO₂-Ausstoß ist hilfreich für den Automobilstandort Hessen. Zum einen wird damit ein zusätzlicher Anreiz für den Kauf eines Neuwagens gesetzt, zum anderen die Entwicklung Sprit sparender Autos angeregt. Beides ist gut für die gerade in Hessen so wichtige Automobilindustrie.

Mit der geplanten Senkung des Eingangssteuersatzes und der Verschiebung der Progressionsstufen werden gerade Normalverdiener entlastet. Zwar wären andere Maßnahmen effektiver gewesen, beispielsweise die von der SPD vorgeschlagene Abschaffung des Zusatzbeitrags zur Krankenversicherung, den nur die Arbeitnehmer bezahlen. Aber unter dem Strich bringt auch diese Steuerentlastung den Bürgern mehr Geld und kann den Konsum anregen.

Mit der Einmalzahlung für Kinder sowie der geplanten Anhebung der Hartz-IV-Regelsätze für Kinder enthält das Konjunkturpaket auch wichtige sozialpolitische Komponenten. Gerade in der Krise darf der Blick auf die Schwächsten der Gesellschaft nicht verloren gehen.

3. Arbeitsmarktpolitik

CDU-Boykott schadet Arbeitslosen



Roland Koch ist so schwach wie nie. Dies zeigt sich auch beim Boykott der Arbeitsmarktreform durch die CDU-Bundestagsfraktion, die den Arbeitslosen schadet.

Während Hessens Ministerpräsident die Pläne von Bundesarbeitsminister Olaf Scholz unterstützt, übten sich die hessischen CDU-Bundestagsabgeordneten in Verweigerungshaltung, obwohl auch die kommunale Seite endlich eine verfassungsgemäße Regelung für Arbeitsgemeinschaften und Optionskommunen fordert. Roland Koch entgleiten immer mehr die Zügel. Nachdem ihm der CDU-Landesparteitag bei der Europaliste die „rote Karte“ gezeigt hat, fallen ihm jetzt die eigenen

Bundestagsabgeordneten in den Rücken. Das wäre alles nicht weiter schlimm, wenn der innerparteiliche Konflikt nicht auf dem Rücken von Arbeitslosen ausgetragen würde. Auch die Beschäftigten der Jobcenter darf man nicht länger im Unklaren lassen. So laufen sowohl in Kassel als auch im Werra-Meißner-Kreis die Verträge zwischen Arbeitsagentur und kommunaler Seite Ende dieses Jahres aus.

Mit dieser „Chaosstrategie“ in Zeiten der Wirtschaftskrise zeigt die CDU ein gerütteltes Maß an Politikunfähigkeit. Roland Koch muss Kanzlerin Merkel und die CDU-Bundestagsfraktion vom Irrweg der Verantwortungslosigkeit abbringen.

4. Finanzen

Netto-Neuverschuldung für 2009 bei rekordverdächtigen 2,9 Milliarden Euro

Fast sechs Monate nach Jahresbeginn hat Hessen erst seit vergangener Woche einen gültigen Landeshaushalt erhalten. Der Landtag stimmte in der Juni Sitzung in dritter und letzter Lesung über den Etat mit der Rekordneuverschuldung von 2,9 Milliarden Euro ab. Die Kredite finanzieren vor allem Investitionen zur Stützung der Konjunktur. Bislang hat die Landesregierung wegen der unklaren Mehrheitsverhältnisse des vergangenen Jahres nur auf der Grundlage des Etats von 2008 arbeiten können.



5. Flughafenausbau

Nachtflugverbot ist unerlässlich

Wer den Hinweis des Hessischen Verwaltungsgerichtshofs auf die Einleitung eines ergänzenden Planfeststellungsverfahrens wie die Landesregierung völlig ignoriert, der will das Nachtflugverbot beim Ausbau des Frankfurter Flughafens nicht ernsthaft durchsetzen. Aussitzen und hoffen, dass nichts passiert, ist verantwortungslose Politik. Damit riskiert die Regierungskoalition sehenden Auges nicht nur einen Ausbau ohne Nachtflugverbot und damit den Wortbruch gegenüber der Region, sondern auch eine weitere Verzögerung des Ausbaus für den Fall einer Entscheidung im Sinne der Kläger.



Im Januar hatte der Verwaltungsgerichtshof in Kassel sich ganz klar für ein Nachtflugverbot als Voraussetzung für einen weiteren Ausbau des Frankfurter Flughafens ausgesprochen.

6. Bildungs- und Hochschulpolitik

Auf Druck von SPD und Grüne wurde im Mai 2008 unter der Führung des damaligen geschäftsführenden Kultusministers Banzer eine Änderung des Hessischen Schulgesetzes umgesetzt.



Wichtige Änderungen waren

- Abschaffung der so genannten Unterrichtsgarantie plus
- Abschaffung der Querversetzung
- Einführung einer Kontingentsstundentafel
- Wiedereinführung der kostenlosen Schülerbeförderung

Im Juni 2008 wurde durch die Mehrheit von SPD / Grüne und die Linke die Studiengebühren wieder abgeschafft.

Im Bildungsbereich gab es gleich zu Beginn der neuen Legislatur in diesem Jahr schon den ersten Streit zwischen den frischgebackenen Koalitionären. Die FDP mit ihrer neuen Kultusministerin Henzler schlug die Einführung eines islamischen Religionsunterrichts vor, was von Seiten der SPD nachhaltig unterstützt wird. Der schulpolitische Sprecher CDU Fraktion, Herr Irmer warf daraufhin der Ministerin voreiliges Handeln vor. Pikant ist, dass Herr Irmer bei der Abstimmung in der entscheidenden Plenarsitzung kurz den Saal verließ.

7. Kindertagesstätten

Betreuung in Kindergärten muss qualitativ verbessert werden

Für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Erzieherinnen im Main Taunus Kreis und der qualitativen Verbesserung der Arbeit in den Kindertagesstätten haben sich Anfang Juni Gisela Stang, Bürgermeisterin der Kreisstadt Hofheim, Hans Franssen, Bürgermeister der Stadt Hattersheim, unsere Bundestagskandidatin Nicole Ritter und ich gemeinsam mit ver.di – Geschäftsführer Thomas Wissgott eingesetzt.



Wir unterstützen die Beschäftigten und die Gewerkschaft in ihrer Forderung nach einem verbesserten Gesundheitsschutz und einer Aufwertung der Ausbildung sowie der inhaltlichen Arbeit im Elementarbereich und heben deren große Verantwortung für die Entwicklung unserer Kinder hervor. Die Weiterentwicklung von Kindertagesstätten und Kindergärten zu Bildungseinrichtungen, um die Chancengleichheit weiter zu fördern und den Übergang in die Grundschule zu optimieren, macht es dringend notwendig, die Beschäftigten zusätzlich zu qualifizieren.

Dabei steht auch das Land in der Verantwortung und muss die Kommunen an den hierdurch entstehenden Kosten mit originären Landesmitteln beteiligen, statt den Gemeinden, Städten und Landkreisen 400 Mio. Euro zu entziehen. Diese Forderung wurde von meinem Landtagskollegen, Gerhard Merz als familienpolitischer Sprecher der SPD Landtagsfraktion vergangene Woche während der Aktuellen Stunde im Landtag untermauert.

Kontakt:

Anschrift:

Wahlkreisbüro
Nancy Faeser MdL
Nordring 33
65719 Hofheim a. T.

eMail:

mail@nancy-faeser.de

Telefon:

06192 – 97 777 77

Fax:

06192 – 97 777 66

Internet:

www.nancy-faeser.de

Mein Team:



Aylin Fischer



Swen Klingelhöfer



Daniela Beck